



II- 380 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

Der Bundesminister für Verkehr  
und verstaatlichte Unternehmungen

Pr.Zl. 5.907/6-I/2-1970

96/A.B.  
zu 122/J.  
Präs. am 27. Juli 1970

**ANFRAGEBEANTWORTUNG**

betreffend die schriftliche Anfrage des Abgeordneten zum Nationalrat Peter und Genossen: Regelung der Frage des Strompreises für die Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf A.G." (Nr.122/J vom 17.Juni 1970)

Zu obiger Anfrage erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1) Die bisherigen Verhandlungen zwischen den Vorständen der Vereinigten Metallwerke Ranshofen-Berndorf Aktiengesellschaft (VMW) und der Verbundgesellschaft (VG) haben zunächst zur grundsätzlichen Feststellung geführt, daß die Verbundgesellschaft für den Zeitraum bis zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes (1.1.1976) nicht in der Lage ist, ohne Subvention seitens des Bundes den von der VMW für die neu zu errichtende Elektrolyse als wirtschaftlich tragbar erachteten Strompreis einzuräumen. Nach der Errichtung des Kernkraftwerkes könnte ein auf Selbstkostenbasis kalkulierter Strompreis nur dann für die VMW ausreichend niedrig gehalten werden, wenn der Bund der Verbundgesellschaft zusätzlich für diesen Zweck Eigenmittel zur Verfügung stellt.

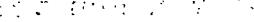
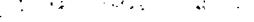
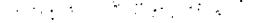
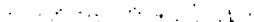
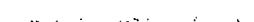
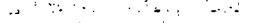
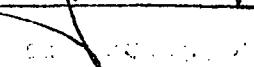
Zu Frage 2) Die Verhandlungen zwischen VMW und VG wurden seinerzeit unterbrochen, um den beiden Gesellschaften Gelegenheit zu geben, die Grundlagen ihrer Strompreiskalkulation nochmals zu überprüfen. Ein Abschluß der Verhandlungen ist von den vorerwähnten Finanzierungsfragen abhängig.

./.

Zu Frage 3) Ich beabsichtige, die Vorstände der beiden Gesellschaften zu mir einzuladen, um eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen herbeizuführen. Auch wenn eine direkte Einflußnahme mir nicht möglich ist, wird meinerseits alles unternommen werden, was zur Lösung dieser volkswirtschaftlich wichtigen Angelegenheit notwendig erscheint.

Wien, am 20. Juli 1970

Der Bundesminister:



&lt;img alt="Handwritten signature of Minister Ullmann" data-bbox